

„MFR- Verhandlungseinblicke und mögliche Folgen für die Strukturförderung in Thüringen“

Impulsvortrag

Sehr geehrter Herr Präsident Lobenstein,
Sehr geehrter Herr Krögel,
Sehr geehrter Herr Malcherek,
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich grüße Sie alle ganz herzlich.

Es ist mir eine große Freude und Ehre zugleich heute mit Ihnen sprechen zu dürfen.

Mein Thema sind die Einblicke in die Verhandlungen zur Erstellung des **Mehrjährigen Finanzrahmens, kurz MFR**, und insbesondere die möglichen Folgen für die **Strukturförderung in Thüringen**. Oder anders, übertrieben, flapsig gesagt:

Lesen im Kaffeesatz eines Kaffees, der noch nicht gekocht ist.

Doch zur Ernsthaftigkeit zurück:

Dass sich das Thüringer Handwerk mit europäischen Themen befasst begrüße ich außerordentlich. Es ist also angekommen, dass die Musik zwar in Berlin, Erfurt und anderen Bundesland-Hauptstädten spielt, aber die Noten in Brüssel geschrieben werden.

Gestatten Sie mir 6 Vorbemerkungen

1. Lieber hätte ich Ihnen meine Erfolge für die Handwerkerschaft beim Mobilitätspaket, der Entsenderichtlinie, dem Erhalt des Meisterbriefes usw. erklärt. Für mich, den **stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsausschusses** im Europäischen Parlament und Mitglied im Beschäftigungsausschuss sind das **meine Spezialgebiete**.

Will damit sagen, dass ich vielleicht nicht jede Frage bis ins Detail beantworten kann.

2. Ich kann Ihnen aber versichern, dass ich als Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand im EP bei allen Entscheidungen die besonderen Belange der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft, insbesondere der Handwerkerschaft im Blick habe. So wie gerade bei den Vorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten, der Einführung des Digitalen

Tachographen sowie Kabotage-Fahrten oder den AN-Entsendevorschriften.

3. Es gibt eine ganze Reihe von Mythen zum EU-HH bzw. dem MFR, der traditionsgemäß 7 Haushaltsjahre umfasst. Fake-News haben gerade Konjunktur!

Die vorherrschende Meinung der Bürgerinnen und Bürger zum EU Haushalt ist: die EU hat Geld ohne Ende. Ein echter Vergleich verrät uns etwas anderes:

HH EU 2018 für ca. 500 Mio. Menschen, von denen es - warum auch immer - kaum einem so gut geht wie dem Durchschnittsdeutschen : 162,1 Mrd. Euro; das entspricht einem MFR von 1 135 Mrd. Euro in 7 Jahren! Das sind 1,35 Billionen Euro!

Dem gegenüber:

HH Deutschland ca. 80 Mio. Menschen: über 338 Mrd. Euro pro Jahr, das entspricht in 7 Jahren: 2 366 Mrd. Euro. Das sind 2,366 Billionen, also gut doppelt so viel Euro!

4. Der Haushalt der EU ist einzigartig. Er ist nie defizitär. Die EU häuft keine Schulden an und gibt nur aus, was sie auch einnimmt. Ihr Haushalt ist immer ausgeglichen. Weil die EU kein Staat ist, hat sie auch keine Zuständigkeit für eigene Einnahmen aus Steuern, Abgaben oder Gebühren. Sie ist angewiesen auf die Einzahlungen der Mitgliedstaaten. Diese zahlen z.Z. ca. 1,1 % ihres BIP ein.

Was heißt das für uns?

Für Deutschland heißt das: von 100 Euro BIP nimmt sich der Staat ca. 50 % (Stichwort Staatsquote), das sind 50 Euro und von diesen zahlt er 1 Euro und 10 Cent in die Brüsseler Kassen. Von diesen 1 Euro 10 Cent bekommen wir Deutsche über Zuweisungen für die LW und die Strukturfonds sowie über sonstige Förderprogramme etwa 50 Cent garantiert wieder. In Wirklichkeit fließt von den 1,1 Euro noch mehr zurück. Es könnte aber noch viel mehr sein: über die Beteiligung an Ausschreibungen, der Nutzung vom EFSI-Juncker Fond, von CEF, Erasmus, Städtepartnerschaft, COSME, investEU, Europa für B&B usw. Doch hier ist unser Engagement gefragt. Hier stehen wir im Projektwettbewerb mit den anderen Ländern der EU.

5. Die Nettozahler-Debatte in Deutschland bedarf einer Aufklärung: Nettozahlerspitze pro Kopf der Bevölkerung ist

Frankreich mit 138 Euro gefolgt von

Belgien mit 135 Euro pro Kopf und erst dann kommt

Deutschland mit 133 Euro.

6. Es ist eine schier unlösbare Situation entstanden. Sie ist schwieriger, als die sprichwörtliche Quadratur des Kreises.

Die Mitgliedsländer der EU möchten weniger in die EU-Kassen einzahlen, schieben ihr aber immer mehr Aufgabenbereiche ohne Folgenabschätzung und deshalb auch ohne finanzielle Basis zu. Und die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine höhere Unterstützung aus den Kassen der EU.

Meine Damen und Herren,
anders als nationale Haushalte, die hauptsächlich für die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, Investitionen und die Finanzierung der Sozialsysteme verwendet werden, dient der EU-Haushalt **in erster Linie der Umsetzung politischer Prioritäten** sowie der Begegnung einer Vielzahl von Herausforderungen in Europa und in der Welt. Bei den Drittländhilfen und Hilfen für Entwicklungsländer ist die EU der wichtigste und verlässlichste Geldgeber!

Und die Staats- und Regierungschefs schieben, ohne Rücksprache zu nehmen, Aufgaben, die sie überfordern, einfach nach Brüssel ab. Doch dazu später mehr.

Der für sieben Jahre geltende **mehnjährige Finanzrahmen** bietet dabei eine **längerfristige Perspektive** und die **für die Planung von Investitionen notwendige Stabilität, Berechenbarkeit und Rechtssicherheit**.

Seit dem Vertrag von Lissabon ist der MFR keine einfache Vereinbarung mehr zwischen EK und Mitgliedstaaten, sondern ein **verbindlicher Rechtsakt**¹. Er wird für einen Zeitraum von sieben Jahren aufgestellt und soll sicherstellen, dass die **Ausgaben** der Union innerhalb der Grenzen ihrer Eigenmittel und Zuweisungen eine **geordnete Entwicklung nehmen**. Darüber hinaus enthält der Rechtsakt Vorschriften, die bei der Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans der Union einzuhalten sind und legt somit den **Grundstein für die Haushaltsdisziplin**.

Und ein solcher Grundstein ist auch nötig, denn in den **1980er Jahren** gab es aufgrund eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen den zur Verfügung stehenden Ressourcen und dem tatsächlichen Mittelbedarf **schwere Konflikte zwischen den Organen**.

Mit dem Konzept einer mehrjährigen finanziellen Vorausschau, also einem MFR, sollten diese **Konflikte entschärft**, die **Haushaltsdisziplin**

¹ Rechtsgrundlage ist Artikel 312 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

gestärkt und der **Haushaltsvollzug** durch eine gründlichere Planung **verbessert werden**.

Bisher gab es **fünf** Mehrjährige Finanzrahmen und am **2. Mai 2018** legte die Europäische Kommission nun ihre Vorschläge für den nächsten, den 6. MFR, den für die Jahre von 2021 bis 2027 vor.

Die Vorschläge fußen auf den politischen Prioritäten, auf die sich die Entscheidungsträger der Europäischen Union erstmals ins **Bratislava** verständigt und die sie dann in der **Erklärung von Rom** verankert haben.

Die aktuellen Vorschläge der Kommission sind dabei eine **Reaktion auf** ein zurzeit **nicht gerade einfaches Umfeld**: angefangen beim technologischen und demografischen Wandel, über die Herausforderungen der Migration, des Klimawandels und der Ressourcenknappheit, Arbeitslosigkeit sowie Arbeitskräftemangel auf der anderen Seite, neuen Sicherheitsbedrohungen, sowie dem Terrorismus.

Darüber hinaus wird der **Austritt des Vereinigten Königreiches** - der Brexit - beträchtliche Folgen für den Haushalt der Europäischen Union haben. Denn die Briten zahlen bisher jährlich **12,76 Mrd. Euro** in den EU-Haushalt ein, was hinter Deutschland und Frankreich dem **drittgrößten Beitrag** entspricht. Etwa 50 % bekommen sie z.Z. zurück. Bleibt also ein Nettobeitrag von ca. 6 Mrd. Euro, der zu verkraften ist.

Insofern war es das Ziel der Europäischen Kommission mit ihrem neuen Vorschlag dafür zu sorgen, dass die **verfügbaren Finanzmittel besser** auf unsere politischen Prioritäten **zugeschnitten werden**.

Der neue MFR **soll auf Bewährtem aufbauen** und uns **gleichzeitig auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten**.

Im Einklang mit der Erklärung von Rom soll der EU-Haushalt die 3 Säulen bedienen: ein **sicheres, ein nachhaltiges und ein soziales Europa**.

Darüber hinaus soll Europa, wie es Kommissionspräsident Juncker vor wenigen Tagen sagte, auf der Weltbühne eine größere Rolle spielen, weltpolitikfähig werden. Bis **2050** wird von 200 auf der Erde lebenden Menschen nur noch **einer ein Europäer, jeder 4. dagegen ein Afrikaner** sein.

Wenn wir unseren europäischen Lebensstil bewahren wollen, dann müssen wir ihn verteidigen. Die anderen warten nicht auf uns.

Was hat die Kommission also vorgeschlagen?

Die Kommission schlägt vor, Mittel verstärkt in Bereiche zu leiten, in denen die Union den **größten Beitrag zu den neuen bzw. neu gewichteten Prioritäten leisten kann**. Das heißt, es sollen die bisher **erfolgreich umgesetzten Programme ausgeweitet und modernisiert** werden. In Bereichen, in denen ein neuer Ansatz erforderlich ist, sollen **neue, maßgeschneiderte Programme** aufgelegt werden. Beispielsweise:

- Investitionen in **Innovation und die digitale Wirtschaft**
- Investitionen in **Transeuropäische Netze Verkehr, Telekommunikation und Energie**
- Schaffung von **Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen**
- Fortsetzung der Arbeit an einem umfassenden Konzept für **Migration, Grenzmanagement, Außengrenzschutz, Fluchtursachenbekämpfung**
- Aufbau der Kapazitäten der Union im **Sicherheits- und Verteidigungsbereich, der Cybersicherheit**
- Stärkung **des auswärtigen Handels** der EU
- Investitionen in **Klima- und Umweltschutzmaßnahmen**
- Stärkung der **Wirtschafts- und Währungsunion** innerhalb des Unionsrahmens.

Was mir total fehlt, sind die Investitionen in die Bürgerinnen und Bürger. Schließlich brauchen wir ihr Interesse an einer starken, handlungsfähigen EU. Wenn die Menschen diese EU ablehnen, dann wird sie nicht gelingen! Da reichen Gesetze nicht aus. Im Gegenteil, das Gefühl der Gängelei kommt auf!

Die **Kohäsionspolitik** und die **gemeinsame Agrarpolitik** werden auch zukünftig die größten Elemente bleiben. Die Kommission hat vorgeschlagen, beide Politikbereiche umfassend zu reformieren und zu modernisieren. Allerdings sind in beiden Politikbereichen - im Interesse eines ausgeglichenen Haushalts - **auch Einsparungen** von rund 6% bzw. 5% erforderlich. Schließlich fehlen ca. 6 Mrd. Mittelzuweisungen vom Vereinigten Königreich. Und die Staats- und Regierungschefs weisen der EU immer neue Aufgaben zu, ohne dafür mehr Geld zur Verfügung stellen zu wollen. Das ist so, als wenn Sie morgen in einem guten Restaurant eine große Bestellung aufgeben, aber dafür nicht zahlen wollen. Schließlich hat das Unternehmen ja genug Geld.

Da der EU-Haushalt **so kompliziert geworden** ist, soll die Zahl der Programme **von derzeit 58 auf 37 verringert werden**.

Die **Vorschriften** für die EU-Finanzierung sollen dabei eine **erhebliche Vereinfachung** erfahren, um den **bürokratischen Aufwand abzubauen** und die **Beantragung von EU-Mitteln zu erleichtern**.

Auch hat die Kommission vorgeschlagen, auf den bestehenden Flexibilitäts- und Krisenmanagementinstrumenten aufzubauen, damit der EU-Haushalt besser **auf die Herausforderungen in einer sich rasch wandelnden Welt reagieren kann**.

Insgesamt sieht der Kommissionsvorschlag eine Verpflichtung von **1,135 Billionen Euro** vor, was etwa 1,11% des Bruttoinlandsproduktes der EU-der-27 entspricht.

Zum Vergleich: Unter Berücksichtigung des Europäischen Entwicklungsfonds, der nun zum ersten Mal in den EU-Haushalt einbezogen wird, beträgt der entsprechende Anteil für die EU-27 derzeit 1,16%. Gemessen an der europäischen Wirtschaft und den öffentlichen Ausgaben insgesamt wird also **der auf den EU-Haushalt entfallende Anteil weiterhin relativ gering bleiben**.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Vorschlag der EU-Kommission Gegenstand von Beratungen der Mitgliedstaaten im Rat der Finanzminister sowie im Europäischen Parlament. Das **Parlament** beabsichtigt am **13. November dieses Jahres** einen **Zwischenbericht** zu beschließen, indem die Prioritäten für den nächsten MFR, **konkrete Zahlen** für die MFR Obergrenzen sowie **spezifische Programme** benannt werden.

Dieser Zwischenbericht wurde **vergangene Woche im Haushaltsausschuss** (BUDG) des EP debattiert. Die Berichterstatter² schlagen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von **1.324 Mrd. Euro** und damit in Höhe von **1,30 % des BIP** vor. Insgesamt werden **viele Elemente des Kommissionsvorschlages begrüßt**, wie z.B. Struktur, Laufzeit oder auch die Flexibilität des MFR.

Allerdings **lehnen** die Berichterstatter richtigerweise **Kürzungen bewährter Programme sowie der Strukturfonds** zur Finanzierung neuer Prioritäten **ab**. In einigen **traditionellen Bereichen** sehen sie **höhere Mittel als im laufenden MFR** vor und fordern für einzelne Programme, wie z.B. Forschung, Innovation, Transport und Verkehr, eine Verdoppelung der vorgesehenen Mittelansätze. Für **Erasmus+** ist sogar eine **Verdreifachung der Mittel** vorgesehen.

² Jan Olbrycht (EVP, POL) und Isabelle Thomas (S&D, FRA) als Ko-Berichterstatter für den MFR.

In Bezug auf die Forderungen nach einem **neuen Eigenmittelsystem**³ wird verdeutlicht, dass **neue Eigenmittel notwendig** sind, um die Brexit-Lücke sowie neue Aufgaben im Bereich von Grenzschutz und Migration finanzieren zu können. Ziel ist es dabei, die Beiträge der Mitgliedstaaten tatsächlich zu senken. Deshalb begrüßen sie die Kommissionsvorschläge und erwarten im Gegenzug eine Zuweisung der Zuständigkeit für eine EU-Finanztransaktions-, eine Umwelt- und eine Digitalsteuer.

Im Vergleich zu den Verhandlungen vorangegangener MFR hat das EP mit der **Erstellung eines Zwischenberichtes** eine **neue Herangehensweise** gewählt. Indem wir uns bereits in einem frühen Stadium der Verhandlungen mit dem Kommissionsvorschlag und den einzelnen Zahlen und Inhalten auseinandersetzen und unsere Position vorläufig festlegen, hoffen wir, dass dies **nicht ohne Wirkung auf die Kompromissfindungen im Rat** bleiben wird. Schließlich haben wir als Europäisches Parlament das letzte Wort, nicht die Staats- und Regierungschefs.

Meine Damen und Herren,
welche **möglichen Folgen** der neue MFR **auf die Strukturförderung in Thüringen** haben wird, kann **zum jetzigen Zeitpunkt** absolut noch nicht abschließend beurteilt werden.

Mit Besorgnis betrachte ich jedoch die Vorschläge der Kommission, die **Mittel der Kohäsionspolitik um etwa 7% zu kürzen**. Je nach Berechnungsmethode könnte die Kürzung nämlich sogar bis zu 10% betragen.

Nach derzeitigen Überlegungen stehe zwar fest, dass weiterhin für alle Regionen Mittel der Kohäsionspolitik vorhanden seien, jedoch ist noch **offen, wie die Gelder unter den Mitgliedstaaten und Regionen verteilt werden**. Bei einer strikten Beibehaltung der jetzigen drei Kategorien - weniger entwickelte Regionen (BIP unter 75% des EU-Durchschnitts), Übergangsregionen (BIP von 75 bis 90% des EU-Durchschnitts) und stärker entwickelte Regionen (BIP über 90% des EU-Durchschnitts) - könnte es zu großen Veränderungen bei der Einteilung der Regionen kommen.

Von den **insgesamt 373 Mrd. Euro**⁴ für die Kohäsionspolitik der gesamten Förderperiode, würden **lediglich 15,68 Mrd. Euro auf**

³ Janusz Lewandowski (EVP, POL) und Gerard Deprez (ALDE, BEL) als Ko-Berichterstatter für die Eigenmittel.

⁴ über die Förderperiode (jeweilige Preise).

Deutschland entfallen. Kürzungen von bis zu 20 % sind in der Diskussion. In den MOE Staaten wird mit Kürzungen um 24 bis 45 % gerechnet. Ein ähnliches Bild zeichnet sich für die anderen Strukturfonds ab. Auf Deutschland runtergebrochen, würden

- der Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE**): ca. 11 Mrd. Euro,
- der Europäischer Sozialfonds (**ESF**): ca. 7,5 Mrd. Euro und
- der Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (**ELER**): ca. 9,44 Mrd. Euro erhalten.

Ein Abwärts-Trend, den es **unbedingt noch zu korrigieren gilt**. Denn gerade Thüringen hat in den letzten Jahren stark von der europäischen Strukturförderung profitiert. Wir haben es gehört. Zahlreiche Beispiele arbeite ich immer wieder in meinem wöchentlich erscheinenden Infobrief auf.

So erhielt zum Beispiel die **Friedrich-Schiller-Universität in Jena** ein neues **Forschungszentrum**. Aus dem EFRE wurden insgesamt 13.200.000 Euro gezahlt, bei einem Gesamt-Investitionsvolumen von 19.600.000 Euro. Das ist enorm.

Ein weiteres Projekt, dass durch EFRE-Mittel gefördert wurde, ist das Projekt **„Intelligente Elektrische Fahrzeuge“**, dass in Kombination von der **Universität Ilmenau**, dem **TÜV Thüringen** sowie der **Université de Technologie de Compiègne (Frankreich)** ins Leben gerufen wurde. Hier betrug die EFRE-Förderung insgesamt 280.000 Euro bei einem Gesamtvolumen von 630.000 Euro.

Allerdings möchte ich auch noch ein paar **weitere positive Neuerungen** im Rahmen der Kohäsionspolitik erwähnen und das sind die **fünf neuen, anstatt der 11 alten Investitionsprioritäten**:

1. ein **intelligenteres Europa** durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen;
2. ein **grüneres, CO2 freies Europa**, das das Übereinkommen von Paris umsetzt und in die Energiewende, in erneuerbare Energien und in den Kampf gegen den Klimawandel investiert;
3. ein **stärker vernetztes Europa** mit strategischen Verkehrs- und Digitalnetzen;
4. ein **sozialeres Europa**, dass die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzt und hochwertige Arbeitsplätze, Bildung,

Kompetenzen, soziale Inklusion und Gleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung fördert sowie

5. ein **bürgernäheres Europa** durch Unterstützung lokaler Entwicklungsstrategien und nachhaltiger Stadtentwicklung in der gesamten EU.

Bemerkenswert ist auch, dass der **Grundsatz der EINZIGEN PRÜFUNG** durchgesetzt werden soll, also eine Vereinfachung der Prüfungen.

Für **2024 ist schließlich eine Halbzeitbewertung** vorgesehen, um noch einmal Korrekturen vornehmen zu können.

Das **Verfahren für die Mittelzuweisung** soll auch künftig größtenteils auf dem **Pro-Kopf-BIP** beruhen. Allerdings sollen auch hier **neue Kriterien**, wie Jugendarbeitslosigkeit, Klimawandel sowie die **Aufnahme und Integration von Migranten (endlich)** hinzukommen, um die Wirklichkeit vor Ort besser abzubilden.

Ein **Abschluss der MFR-Beratungen** noch **vor den Europawahlen** im Mai 2019 erscheint leider **unwahrscheinlich**, auch vor dem Hintergrund des derzeitigen Stands der Verhandlungen im Rat.

Die **österreichische Ratspräsidentschaft** räumte bereits ein, dass unter ihrem Vorsitz **nicht mit einer Allgemeinen Ausrichtung zu rechnen sei**, obwohl fast täglich Sitzungen der Arbeitsgruppen zum MFR und zu den spezifischen Programmen stattfinden.

Und auch Deutschland bremst. Wohl in der Hoffnung, nach den Europawahlen am 26. Mai 2019 ein geschwächtes, ein unerfahrenes EP als Verhandlungspartner zu haben.

Wir dürfen also sehr gespannt sein, wie sich die weiteren Verhandlungen entwickeln und was uns am Ende erwartet. Einstellen müssen wir uns schon heute darauf, dass die Geldflüsse aus Brüssel geringer werden. Versiegen werden sie nicht. Lasst uns was Gutes draus machen!

Vielen Dank!